

Protokoll:	Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	140
		TOP:	5a
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	19.11.2019		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Thürnau		
Berichterstattung:	Herr Holzer (HochbA)		
Protokollführung:	Frau Faßnacht / fr		
Betreff:	"Klimaaktionsplan umsetzen - städtische Neubauten ab sofort klimaneutral planen" - Antrag Nr. 1225/2019 vom 11.11.2019 (90/GRÜNE) - mündlicher Bericht -		

Der im Betreff genannte Antrag ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt. Die zu diesem Protokoll gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt. Sie ist außerdem dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei in Papierform angehängt.

StR Rockenbauch (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) macht darauf aufmerksam, dass die Beratung zum Klimaschutzpaket am 29.11.2019 im Ausschuss für Klima und Umwelt erfolgen werde, wo seine Fraktionsgemeinschaft einen nahezu gleichen Antrag gestellt habe. Er fragt, wie beide Debatten miteinander verbunden werden können.

StR Peterhoff (90/GRÜNE) erinnert an die Diskussion in der Gemeinderatssitzung am 07.11.2019 zum Energiekonzept an der Fasanenhofschule. Da der Beschluss des Energiekonzepts Ende November im AKU gefasst wird, sehe er einen gewissen Zeitversatz. Seiner Fraktion gehe es darum, dass im STA schon heute berichtet wird, wie viele Baugesuche derzeit in welchem Status vorliegen, weil es notwendig sei, vorher zu reagieren, wenn ab dem 01.01.2020 klimaneutral gebaut werden soll. So seien auch die Antragsziffern 1 und 2 zu verstehen. Man sei zudem bereit, die Antragsziffer 3 des Antrags Nr. 1225/2019 zur Beschlussfassung in den AKU zu verweisen, sodass heute darüber nicht mehr im Detail gesprochen werden müsse. Das Ziel sei klar: "Wir wollen

klimateutral bauen und das so schnell wie möglich!" Die Auswirkungen des Beschlusses ab 01.01.2020 werden man jetzt hören.

BM Thürnau begrüßt diesen Verfahrensvorschlag und übergibt das Wort zur Berichterstattung an Herrn Holzer (HochbA). Herr Holzer nimmt zu den Antragsziffern 1 und 2 mithilfe einer Präsentation umfassend Stellung. Mit Blick auf die Seite 12 - Vorschlag zur Vorgehensweise - ergänzt er: "Was wir immer mitmachen im Augenblick und mitdenken können ist, dass Projekte, die bereits bei uns schon laufen, z. B. im Vorprojektbeschluss, dass wir natürlich die Photovoltaik dann komplett hier aufs ganze Dach vorschlagen, dass wenn wir die Option sehen, dass da über eine Wärmepumpe mehr abgedeckt werden könnte, indem man sie größer baut, nicht nur die Grundlast, dass wir solche Vorschläge einbringen, also sagen wir mal 'Upgrade-Komponenten', um klimatechnisch mehr zu erreichen, ohne immer zwingend im Label Plusenergie oder Klimaneutralität anzukommen. Weil dieses Spitzenlabel ist der enorme Aufwand. Das ist so das typische Beispiel. Wenn ich 10 % weniger umsetzen will, dann kann ich relativ viel erreichen, wenn ich alles hinkriegen will, brauche ich unheimlich viele Ressourcen auch im eigenen Haus, die ich in der Form noch nicht habe."

BM Thürnau dankt Herrn Holzer für den Bericht und dafür, dass die Fachverwaltung eine so schnelle Beantwortung des Antrags geleistet hat. Diesem Dank schließen sich die nachfolgenden Redner und die Rednerin seitens des Ausschusses an.

Beim eingangs erwähnten Fall der Sporthalle der Fasanenhofschule war man bereits in Leistungsphase 7, so StR Peterhoff, jedoch habe man immer wieder im damaligen UTA betont, dass man beim Klimapaket und bei neuen Projekten Plusenergie-Standard haben will und dies auch immer wieder der Verwaltung als Auftrag mitgegeben habe. Ihm gehe es heute um Neubauten, wo die GRÜNEN klar hinter dem im Klimapaket formulierten Ziel stehen. Man erwarte daher, dass "Upgrade-Komponenten", überall wo möglich gemacht werden und alle Projekte, die im Projektstatus "Voruntersuchung" sind, bereits als Plusenergie-Standard geplant werden. Er bittet um eine detailliertere Aufstellung, was der Beschluss genau bedeuten würde, aufgeschlüsselt nach Projekten bis Leistungsphase 2 und bis Leistungsphase 4.

StR Kotz (CDU) hebt zunächst hervor, dass seine Fraktion sich beim großen Thema Bauen gut aufgehoben fühle beim Hochbauamt unter der Leitung von Herrn Holzer, dem er ein großes Lob ausspricht. Die Antragsziffern 1 und 2 des Antrags Nr. 1225/2019 halte er für gut, doch mit der Ziffer 3 werde seines Erachtens über das Ziel hinausgeschossen. Einen Beschluss, wonach alle laufenden Neubauvorhaben, die vor der Ausschreibung stehen, umgeplant werden mit dem Ziel, klimaneutral zu werden, betrachte er als "Klima-Hysterie, die nichts mehr mit Menschen mitnehmen zu tun hat und nichts mit fachlichen Dingen, denn auch eine Planungsphase ist Energie in irgendeiner Form, und auch mit der sollten wir so umgehen, dass wir sie nutzen!" Auch könne man z. B. keiner Schule erklären, dass ihre Turnhalle erst zwei Jahre später kommt, zumal die Finanzierung solcher Umplanungen unklar ist.

Er könne sich gut vorstellen, "den Switch irgendwo bei Leistungsphase 1/2 mitzugehen", wolle dabei jedoch dem Hochbauamt die Freiheit geben, individuell zu entscheiden. Möglicherweise gebe es Projekte, wo dies sogar in Leistungsphase 3 unproblematisch möglich ist, bei anderen Projekten sei dies in Leistungsphase 2 schon nicht mehr der Fall, weil der Aufwand unverhältnismäßig wäre. Eine starre Grenze lehne er daher ab. Auch ihm stelle sich die Frage, wann der Gemeinderat richtig über dieses Thema

und die Frage diskutiert: "Welcher eingesetzte Euro bringt wie viel CO₂-Ersparnis?" Er halte es - ohne Bauexperte zu sein - für wahrscheinlich, dass es bei manchem Gebäude klimatechnisch richtig wäre, es nicht klimaneutral zu bauen, weil der Aufwand zu hoch wäre, um dieses Gebäude auf einen Standard zu bringen, nur um ihm den Stempel "klimaneutral" aufbringen zu können. Stattdessen sollte das Geld lieber in andere Gebäude investiert werden, wo es richtig viel CO₂-Einsparung bringt. Ihn interessiert außerdem, ob die derzeitige dreistufige Beschlussfassung bei Bauprojekten ein Problem darstellt was die Ressourceneffizienz angeht. Möglicherweise lasse sich das Verfahren auf ein zweistufiges verschlanken.

Weiter nimmt der Stadtrat Bezug auf einen Impuls von Prof. Sobek, der bei einer Veranstaltung die Frage gestellt habe, wenn man auf den Lebenszyklus eines Gebäudes schaut - Bau und Betrieb -, ob eine noch dichtere Hülle, eine effizientere Anlagentechnik klimatechnisch für ein Gebäude wirklich Sinn macht, immer diesen Weg zu gehen. Herr Sobek habe die plakative Aussage gemacht: "Lieber etwas undichter bauen, mit weniger Energieeinsatz beim Bau, dafür mehr Energieverbrauch über den Lebenszyklus, kann unter dem Strich die bessere Variante sein wie das allerdichteste Gebäude, Plusenergie und sonstiges, denn dann spart man gar nicht mehr so viel ein über den Lebenszyklus, was man am Anfang in den ersten Monaten gleich in der Bauphase verbraucht hat." Er äußert den Wunsch, auch über diese Frage zu diskutieren.

Für StR Rockenbauch hat Herr Holzer in seiner Präsentation klargemacht, dass es richtig viel Geld und richtig viel Personal mit den richtigen Kompetenzen dafür braucht, um dem Klimawandel angemessen zu begegnen. Dabei wolle man die Fachverwaltung unterstützen. Er fragt, inwiefern der Stellenplan den Bedarf bis zu welcher Leistungsphase bereits abbildet. Wichtig sei, dass der AKU am 29.11.2019 nicht hohe Ziele beschließt, ohne dem Hochbauamt die entsprechenden Ressourcen dafür zu geben - sowohl finanziell als auch personell. Aus seiner Sicht lohnt es sich, auch Projekte bis mindestens Leistungsphase 4 zu überdenken, da über die Lebenszeit eines Gebäudes viel Energie verbraucht werde. Die dafür notwendige Energie in Mann- und Frau-Power werde das Hochbauamt vom Gemeinderat bekommen "und dann plant man halt lieber nochmal länger", auch wenn es dann zu Verzögerungen kommen werde in bestimmten Abläufen.

Eine Unterscheidung gelte es zu machen zwischen Neubau und Bestand. Im Bestand liege seines Erachtens das größte Potenzial zur CO₂-Einsparung, wobei die Aufgabe deutlicher komplexer sei als bei Neubauten. Heute rede man jedoch von den städtischen Neubauten. Er fragt, ob die in der Präsentation aufgeführten Projekte ausschließlich Neubauprojekte sind und falls nicht, ob Neubauprojekte herausgerechnet oder gekennzeichnet werden können. Im Neubau muss aus seiner Sicht so vorgegangen werden, dass wiederkehrende Planungsaufgaben verifiziert werden, die standardisiert bzw. typisiert werden können. Wenn es Schulen, Mensen, Kitas sind, lasse sich auch was das Energiekonzept angeht, vieles so ausräumen, dass man auf mehrere entwickelte Lösungen zurückgreifen kann. Man würde daher begrüßen, wenn das Hochbauamt beim Neubau in solche strategischen Ansätze investieren würde. Im Bestand dürfe man nicht den Fehler machen, nur ans Gebäude an sich zu denken, sondern man müsse an vielen Stellen auch an Lösungen denken, die im Quartier liegen. Wenn es um Schulen und andere große Gebäude geht, habe man diesbezüglich eine besondere Verantwortung, um sie anerkennend energetisch so zu gestalten, dass sie naheliegende Bestandsgebäude mitversorgen können, z. B. mit erneuerbarer Energie.

Für die Beratung des Klimapakets im AKU fordert er: "Trennen Sie die Punkte Neubau und Bestandssanierung, nennen Sie uns das Personal bitte auch und die Kompetenzen bis zur Leistungsphase. Ich finde, bei dieser gigantischen Aufgabe, an dem Volumen, was Sie auch geschildert haben mit den 1,4 Mrd. € lohnt es sich, dass wir möglichst viele Ressourcen und Kompetenzen von Anfang an bei Ihnen im Amt aufbauen!"

StR Körner (SPD) teilt die Meinung von StR Kotz, dass, wer den Klimaschutz ernstnimmt, sich überlegen muss, mit welcher Maßnahme bei einem Invest von 1 Mio. € am meisten CO₂ eingespart werden kann. Gehe es nur darum, sich besser zu fühlen, weil man sich irgendwie schuldig fühlt - oder wenn man der Meinung sei, Geld spiele keine Rolle -, so könne man in Zukunft für Alles klimaneutrale Bauten fordern. Wenn jedoch für das Delta zwischen heutigem Gebäudestandard und Plusenergie-Standard so viel Geld aufgewendet werden müsste und der ökologische zusätzliche Einspareffekt so gering ist, dass die Maßnahme unwirksam ist für den Klimaschutz, so wäre dies schlicht nicht sinnvoll. Vergleiche man die Vorlagen des Oberbürgermeisters zum Aktionsprogramm Klimaschutz von vor der Sommerpause zu nach der Sommerpause, so stelle man fest, dass sie sich vom Allgemeinen zum Konkreten entwickelt haben. Genau deswegen habe OB Kuhn nun vorgeschlagen, 35 Mio. € für fünf Leuchtturmprojekte zu verwenden, um auszuprobieren, mit welchen Maßnahmen die größte CO₂-Einsparung erzielt werden kann.

Er verweist auf den gemeinsamen Antrag der Gemeinderatsfraktionen von Bündnis90/DIE GRÜNEN, SPD und der Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-Plus, Nr. 218/2018 zur Aktualisierung des städtischen Energieerlasses vom 16.07.2018, wo darum gebeten wurde, vier Anpassungen zu prüfen. Darin wurde die Verwaltung darum gebeten, im Herbst über die ökologische Wirkung und die Mehraufwände bzw. Einsparungen zu berichten. Der Bericht von Herrn Holzer habe dargestellt, welche Mehrkosten entstehen, um auch das letzte zusätzliche bisschen CO₂-Einsparung zu erreichen. Diese Mehrkosten seien dem ökologischen Effekt gegenüberzustellen. Seit langem bereits wisse man, dass der ökologische Grenznutzen abnimmt mit jedem weiteren Standard. Er könne daher nicht nachvollziehen, warum die Forderung nach sofortigem klimaneutralen Bauen erhoben wird. Viel mehr könne man für den Klimaschutz erreichen, wenn das Geld in andere effektivere Maßnahmen investiert wird. Er appelliert dringend an GRÜNE und FrAKTION, ernst zu nehmen, was der Fachbeirat bereits mehrmals im AKU gesagt hat: "Bitte achtet darauf, welche Maßnahme bringt am meisten!" Die Fachverwaltung bittet er - auch unter Quartiersbezug - darzulegen, was ist auch unter ökologischen Gesichtspunkten am effektivsten?

StR Ozasek (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) hält es für einen Fehler zu glauben, das physikalische System der Erde interessiere sich für Begriffe wie Grenznutzen etc. Die Klimakrise sei präsent, weswegen man das Steuer herumreißen müsse. Aus seiner Sicht werde die konstruktive Seite des Bauens zu wenig beleuchtet. Auch dort gelte es, eine tatsächliche kommunale Ressourcenstrategie zu entwickeln. Der Auftrag dazu sei vor zwei Jahren beim Amt für Umweltschutz erteilt worden, wobei nach seiner Kenntnis die Vergabe ausgeführt wurde. Er erkundigt sich nach dem aktuellen Stand der Dinge und wann mit Ergebnissen gerechnet werde, sodass eine Diskussion darüber erfolgen kann. Der Gedanke sei, die Stadt als Rohstoffspeicher zu begreifen, aus dem heraus die Stadt ständig sich erneuert, ohne dass endliche Ressourcen aufgezehrt werden, so wie dies momentan insbesondere im Bereich des Bauens erfolgt, Stichwort: globale Sandkrise (Bausande).

Das Hochbauamt tue bereits viel im Bereich von Recycling-Beton, doch müsse man das Ganze strategisch fassen und Leitplanken entwickeln auch im Hinblick auf urbanen Holzbau und nachwachsende Rohstoffe, um den Gedanken nachhaltiger Stoffkreisläufe zu implementieren und für den Bereich des Tiefbaus: "Wie de-karbonisieren wir den Tiefbau?" Auch diese Diskussion müsse der Rat führen. Hierzu wäre das Wissen des Fachamts wichtig, welche Möglichkeiten gibt es, um zu Klimaneutralität hingelangen?

Für den Bereich des Hochbaus halte er eine enge Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Stuttgart für wichtig. Dort habe man einen Innovationsfonds aufgelegt, um Neues im Bereich der Gebäudeklimatisierung oder der Energieversorgung des Gebäudes auszuprobieren. Darüber hinaus müsse man seiner Auffassung nach auch mehr über Typenbauten sprechen, über Systemhäuser und über Standardisierung gerade bei Menschen, Kita- und Schulbauten. Zu guter Letzt müsse das Knowhow im Amt stärker ausgebaut werden, weshalb im Stellenplan darüber geredet werden müsse, wieviel Knowhow wollen wir in unseren technischen Ämtern haben? Hier bittet er um einen Hinweis, was für das Klima-Engineering gebraucht wird, um in diesem Bereich in den nächsten zwei Jahren ein Stück weiterzukommen.

StR Schrade (FW) schickt voraus, er hätte der Beschlussantragsziffer 3 heute nicht zustimmen können. Auch bezweifle er, dass die Freien Wähler am 29.11.2019 im AKU diesem Punkt zustimmen können, denn es müsse darum gehen, den sehr hohen Anspruch und das, was wirklich sinnvoll und machbar ist, zusammenzubringen. Er begrüße deswegen auch den Vorschlag von Herrn Holzer zur Vorgehensweise und die Empfehlung auf Seite 12 der Präsentation. Zum Stichwort "modulares Bauen" merkt er an, dies funktioniere dann, wenn man an die Architektur keinen hohen Anspruch stellt. Er führt beispielhaft Systembauten für Kitas und für Flüchtlingsunterbringung an. Dies passe jedoch nicht auf jedes Baugrundstück und nicht in jede Umgebung.

Mit Blick auf den Wortbeitrag von Rockenbauch merkt StR Kotz an, wenn eine Fassade mit einer 20 cm-Dämmung versehen wird, so sei der größte Nutzen in den ersten 8, 10 oder 12 cm. Der Nutzen verringere sich jedoch mit jedem weiteren Zentimeter. An diesem Beispiel lasse sich das Grundverständnis von Finanzinvest in das Klima (Point of Invest) darstellen. Die Aussagen von StR Rockenbauch seien nur dann richtig, wenn man alles in Frage stellt, "also gar nicht mehr Reisen, beim Thema Wohnen nicht mehr die Raumtemperatur, wie wir es gewohnt sind zu erzeugen, beim Essen gar nicht mehr nach einem Stück Fleisch fragen usw." Er wolle jedoch nicht alles in Frage stellen, sondern mit den Möglichkeiten dieser Gesellschaft, in der Art und Weise, wie sie existiert, auch mit dem Wohlstand und seinen Vorteilen daraus, das Thema in der Weise entwickeln, dass es zu deutlich weniger Klimaschädlichkeit und zu weniger Probleme mit dem Klima kommt. Dann müsse man die Ansätze fahren, für die StR Körner und er erworben haben.

StRin Schanbacher (SPD) sieht Einigkeit in dem Willen, maximal viel Klimaschutz zu erreichen. Sie betrachtet die Wärmeleitplanung in den Quartieren als das A und das O dafür. Dabei mache es beim einen Sinn, klimaneutral zu bauen, beim anderen mache es Sinn, Geothermie zu nutzen, beim nächsten mache wieder etwas Anderes Sinn. Daher müsse es darum gehen, zu schauen, "wo ich mit welchem Einsatz am meisten erreiche". Was die sog. Graue Energie angeht, so heiße es nicht automatisch, dass die Bilanz hinterher so viel besser ist, wenn maximal viel Dämmung aufgebracht wird. Hierzu bittet sie um eine Einschätzung der Verwaltung.

StR Peterhoff fühlt sich durch den guten Sachvortrag der Verwaltung aufgeklärt in Bezug auf die einzelnen Projektstufen. An StR Körner gewandt weist er darauf hin, im Zusammenhang mit dem gemeinsamen Antrag vor zwei Jahren "Ja zur Energierichtlinie" habe man diskutiert, ob man die Anforderungen dafür hochsetzen will. Im Prinzip sei man sich darüber einig gewesen, doch habe die SPD damals nur eine Frage stellen wollen, anstatt die Anforderungen hochzusetzen. Dies hatte zur Folge, dass die Energierichtlinie damals nicht fortgeschrieben wurde und alle Projekte seitdem nicht mit höheren Anforderungen weitergeplant wurden. Erst jetzt sei man dabei, die Anforderungen hochzusetzen und die Projekte anzupassen. Dazu diene der Antrag Nr. 1225/2019. Dabei gehe es ausschließlich um den Neubau, weshalb er Wert darauf lege, Neubau- und Bestandsprojekte nicht zu vermischen. Wenn man die Energieziele erreichen möchte, so werde man bei Gebäuden, die saniert werden, viele Anforderungen nicht erfüllen können, sondern müsse über die Neubauten ein Stückweit überkompensieren, was bei Bestandsgebäuden nicht geschafft wird.

Zusätzlich zur Bitte von StR Rockenbauch, aufzuschlüsseln in Neubau- und Bestandsprojekte wünscht er bis zur Beratung am 29.11.2019 im AKU eine Darstellung in große Projekte und kleine Projekte. Es mache Sinn, sich auf Großprojekte zu fokussieren. Darüber hinaus möge die Verwaltung Projekte bis Leistungsphase 2 und Projekte bis Leistungsphase 4 darlegen.

StR Körner wendet ein, man habe sich einvernehmlich auf ein Verfahren verständigt, am 29.11.2019 im AKU über das Klimapakete zu beraten. Danach habe die GRÜNEN-Fraktion einen Antrag gestellt zum Klimaneutralen Bauen ab sofort, der heute auf die Tagesordnung kam und zu welchem die Verwaltung hochinteressante Ausführungen gemacht habe. Seiner Fraktion sei wichtig, einen effektiven Klimaschutz zu machen, um das begrenzt zur Verfügung stehende Geld effizient einzusetzen. Das von der Verwaltung Vorgestellte sei dafür eine hervorragende Grundlage. Er stellt gegenüber StR Peterhoff richtig, was in dem besagten gemeinsamen Antrag vom 16.07.2018 mit dem Betreff "Aktualisierung des städtischen Energieerlasses" gefordert wurde, indem er die Antragsziffern 1 bis 4 vorliest. Die Verwaltung sei außerdem darum gebeten worden, im Ausschuss über die ökologische Wirksamkeit zu berichten: "Wie ist der zusätzliche ökologische Effekt und in welchem Verhältnis steht der zu der Mio. Euro, die wir dafür zusätzlich aufwenden müssen?" Dieser Aufgabe müsse man sich stellen. OB Kuhn habe dazu einen klugen Vorschlag gemacht, fünf Leuchtturmprojekte klimaneutrales Bauen umzusetzen, anstatt generell und immer klimaneutrales Bauen.

Eingehend auf den Wortbeitrag von StR Rockenbauch merkt BM Thürnau an, vorausgesetzt, die Hochbauverwaltung würde sämtliches Personal bekommen, das es braucht, um sofort alle städtischen Gebäude in Planung, kurz vor der Fertigstellung, klimaneutral oder zum Plusenergie-Gebäude umzubauen mit dem entsprechenden Geld, so könnte man dies tun, wenn man es denn will. Er erinnere jedoch daran, dass der kommunale Energieverbrauchsanteil der Landeshauptstadt Stuttgart nur 4 % des Gesamtenergieverbrauchs in Stuttgart ausmacht. Er empfehle, durch die Stadtteile zu gehen und sich die Häuser anzuschauen, um zu vermuten, wie diese ungefähr gedämmt sind und wie sie beheizt werden. Wenn man etwas erreichen will beim Thema Klimaschutz, dann müsse man aus seiner Sicht das Geld zunächst ganz anders verwenden.

Mit Blick auf die Anregung von StR Ozasek, das Augenmerk auf den Gesamtressourcenverbrauch beim Bauen zu legen, weist er darauf hin, bereits in den 1980er-Jahren habe man an der Uni Hannover in Studienarbeiten versucht, diesen zu beschreiben. Bis heute lägen keine greifbaren Zahlen über das Gesamte vor. Natürlich könne man in Abschnitten sagen, dass gewisse Rohstoffe und gewisse Ressourcen schwierig sind. Nach seiner Auffassung scheitere es an der Vielfalt und der Tiefe der Materialien in einer Immobilie, um für ein ganzes Gebäude zu 100 % zu wissen, woher die einzelnen Materialien kommen und wohin sie gehen und wie ist es mit der Klimaneutralität. "Wenn wir alles mit Sonnenenergie beheizen könnten oder die Energie komplett aus der Sonne gewinnen könnten, dann hätten wir viele, viele Probleme gelöst."

Herr Holzer nimmt wie folgt zu den Wortmeldungen Stellung:

"Ich will Ihnen eine Zahl sagen, die mir einfach Sorgen macht. Wir reden hier, ab wo können wir Projekte noch zur Klimaneutralität umpolen, ab welchem Fortschritt. Im Augenblick stehe ich vor der Situation, dass wir ungefähr 250 Projekte mit den 1,4 Mrd. € noch vor der Schleuse der Bearbeitung haben. Da kommen ja immer neue dazu, wir sind ja kontinuierlich am Abarbeiten, wir wissen bei vielen Sachen auch schon konkrete Reihenfolgen und Pläne. Gerade im Schulbereich ist relativ weit geplant, wann soll welche Schule dann in Angriff genommen werden. Ich sage mal, diese 250 Projekte, 1,4 Mrd. €, wenn ich da jetzt eine Grobrechnung 10 % Mehrkosten mache - nehmen Sie aber die 10 % nicht zu eng, es gibt Projekte, da sind es 30 %, es gibt welche, da sind es 8 %, das geht da hin und her -, dann wären es allein 140 Mio. € Mehrkosten, um diese Projekte zu starten. Und wir haben jetzt ein Klimaschutzprogramm, das über vier Jahre läuft in der Finanzierung, in den ersten beiden Jahren jeweils 7,5 Mio. € und in den zweiten zwei Jahren je 10 Mio. €, macht in der Summe 35 Mio. €. So ist der Bau im Augenblick im Klimaschutzprogramm drin.

Jetzt kann sich jeder relativ schnell vorstellen, was kann ich mit diesem Geld tatsächlich umsetzen und machen. Das heißt, es wird wahrscheinlich nicht reichen, alle Projekte, die da in der Pipeline sind und kommen sollen, auf den Stand zu heben. Da brauche ich noch nicht darüber nachdenken, Projekte, die schon laufen, nachträglich auf den Stand zu heben. Das tun wir trotzdem, aber mehr in dem Sinne, dass wir nicht unbedingt Richtung Label-orientiert arbeiten, sondern sagen, hier ist etwas Vernünftiges zu ergänzen, das machen wir dann auf jeden Fall mit, weil das ja dann auch die Effizienzabsicht ist. Aber da haben wir einfach noch ein Problem.

Jetzt kann man sagen, Geld hat man, okay, aber wenn es jetzt darum geht um Personal und wer das machen soll, da habe ich Restriktionen. Ich weiß, wie lange es braucht, 27 Stellen zu besetzen, letzter Haushalt, und wir sind noch nicht ganz am Ende gerade. Ich weiß, das Klima-Ingenieure nicht auf der Straße stehen, ich weiß auch, dass die in der Stadt nicht EG 15 bezahlt werden. Wir sind ja in Konkurrenz und alle wollen das. Ich weiß auch, dass ein Null-auf-Hundert-Aufbau in einem Amt nicht funktioniert. Sondern ich finde diese Idee, dass man sich jetzt Knowhow wirklich erarbeitet, dass man durchaus ambitioniert aufschlägt und viel erreichen will, dass das schrittweise hochgefahren wird, sodass wir auch andere Ziele nicht ganz aus dem Auge verlieren.

Denn es gibt auch den Druck, dass wir Gebäude bereitstellen müssen. Und ich muss mich manchmal entscheiden, lass ich es jetzt laufen, Fasanenhof-Turnhalle, weil ich sonst befürchten muss, dass mir vergaberechtlich das Ganze platzt - das ist ein Hintergrund gewesen, den ich hier natürlich nicht immer sage -, also muss der Beschluss her

und dann kann ich jetzt nicht nochmal auf der Zielgerade in die Wiederholungsschleife gehen, weil die Bindefristen auslaufen und da ohnehin etwas schwierig läuft. Das ist manchmal schwierig und ich sehe mich als Hochbauamtsleiter eben für alle zuständig. Der eine will eine tolle Schule, pädagogisches Konzept, der andere will Klima, der nächste will auch nicht so viel Geld ausgeben - das ist so das klassische Geschäft, das kennt jeder, der im Baubereich ist. Ich muss ja etwas Echtes dann bauen, das muss ja funktionieren, ich bin am Schluss ja gezwungen, dass das geklappt hat und dass es auch realistisch ist.

Ein Punkt noch, Typenbau: Unser Hauptproblem ist gerade, wir haben ja stark Innenentwicklung. In der Regel bauen wir Gebäude in bestehenden Kontext hinein, ganz, ganz häufig, und entwickeln Vorhandenes weiter. Ganz selten bauen wir auf der grünen Wiese. Wir haben bereits in der Vergangenheit, z. B. im Kita-Bereich Typenbau gemacht, da haben wir fast zehn Typenbau-Kitas gebaut, die auch alle unterschiedlich aussehen, deswegen merkt das auch nicht sofort jemand. Da können wir ein neues Programm aufsetzen, das kann dann einen ökologischen Schwerpunkt bekommen, oder einen Holzbau-Schwerpunkt. Nur, was ich auch sagen muss: Ich habe im letzten Doppelhaushalt von diesen Typenbauten nur eine Möglichkeit gefunden, ihn einzusetzen, weil nur ein Grundstück war dafür tauglich. Alle anderen Grundstücke sind in diesem Ringen um Flächen so speziell oder vielleicht nur deswegen verfügbar für eine Kita, weil bisher kein anderer sich dafür interessiert hat, auf dem Grundstück etwas zu machen, weil es eigentlich ein ziemlich ungeschicktes Grundstück ist. Und dann hört es ganz schnell auf mit dem Typenbau. Dann sind wir im Maßschneidern, um in einer Nische irgendetwas möglich zu machen."

StR Ozasek sieht das Problem darin, dass die Stadt über Jahrzehnte hinweg ihren Grund und Boden veräußert hat, sodass immer weniger Grundstücke verfügbar seien und die Hochbauverwaltung nun auf schwierigen Baufeldern individualisiert etwas anpassen muss. Über genau solche strukturellen Probleme und Themen müsse der Rat reden. Was die Nutzung von Sonnenenergie angeht, so ruft er in Erinnerung, dass nur ein Prozent des realistischen Potenzials der solaren Energie in Stuttgart im Moment genutzt sei. Aus seiner Sicht hat die Landeshauptstadt Stuttgart eine Vorreiterfunktion. Ihre Vergabemacht und die Summen, mit denen operiert wird, habe einen immensen Einfluss auf die Bauwirtschaft und auf die Innungen. Bei entsprechender Nachfrage nach anderen Technologien verändere sich auch die Wirtschaft. Dies sei das Ziel und folglich müsse die Landeshauptstadt Stuttgart vorangehen. Er ziehe in Zweifel, ob ein schrittweises Herangehen die richtige Vorgehensweise ist. Die Prioritäten in der Gesellschaft müssten sich neu ordnen.

StR Kotz unterstreicht, er sei weit davon weg zu sagen, andere Länder und Nationen sollen ihre Aufgaben zuerst lösen. Dennoch müsse klar sein, dass solange die Weltbevölkerung in dieser Art weiterwächst, man selbst mit rein klimaneutralem Bauen und allen anderen Maßnahmen es nicht auf die Reihe bekommen werde, den Klimawandel aufzuhalten. Ergänzend zum Wortbeitrag des Vorsitzenden merkt er an, ausgehend von einer Sanierungsquote zwischen 1,5 % und 3 % was energetische Modernisierungen über die Gesamtstadt hinweg angeht, könne diese Quote mit Zuschüssen vielleicht auf 4 % steigen, was private Hausbesitzer angeht. Unter dem Aspekt, wie mit dem verfügbaren Geld der größte Vorteil fürs Klima erreicht werden kann, wäre wahrscheinlich das Effektivste, den Energieerlass unverändert zu lassen und privaten Hausbesitzern in Stuttgart mit städtischem Geld kostenlos ihre Gebäude zu dämmen mit einem Standard von 15 cm oder 18 cm auf die Fassade, so seine Prognose. "Was bringt es denn, die

wunderbare Leuchtturm-Schule hinzustellen, und drumherum sind 17 Gebäude, die Energieschleudern sind?"

BM Pätzold sieht eine Vermischung der Diskussion um die Fragen "Welche Ziele wollen wir erreichen?" und "Welcher Weg wird eingeschlagen?" Der Aufschlag des Klimaaktionsprogramms gehe um die Frage, welches Ziel wir in Zukunft erreichen wollen und welchen Weg dorthin können wir beschreiten und wie lange dauert dieser Weg. Dabei starte man nicht bei null: Der aktuelle Energieerlass sage 20 % unter der EnEV 2016. Dies sei ein höherer Standard als heute im normalen Regelwerk vorgeschrieben. Zudem habe man die Vorgabe, bei allen städtischen Gebäuden eine PV-Anlage zu machen, und diese - wenn sie nicht zum Energiekonzept des Gebäudes an sich gehört - trotzdem zu installieren, um das Potenzial der solaren Einstrahlung zu nutzen.

Zur Frage, welchen Weg gehen wir - klimaneutrales Bauen - führt er aus: Natürlich sei das Ziel, Energie einzusparen und den Energieverbrauch zu minimieren und die Energie, die noch erzeugt wird, sollte eine regenerative Energie sein. Es gebe verschiedene Module, um dies zusammenzufügen. Gleichzeitig müsse man schauen, welche Potenziale es gibt. Dazu gehöre die Wärmeleitplanung, aber genauso auch, wie kann ich beim Verbraucher den Energieverbrauch minimieren? Im NeckarPark gebe es das Potenzial des Abwasserwärmekanal, in welchen ein Wärmetauscher eingebaut worden ist. Gleichzeitig wurde ein Konzept für das Quartier entwickelt mit einem höheren Energiestandard, mit einer Begrünung, mit PV-Anlagen, mit Regenwassernutzung. Damit könne man sich in Deutschland durchaus sehen lassen.

Die spannende Diskussion, die man jetzt führen werde, sei: "Welches Ziel definieren wir und wie kommen wir zu dem Ziel, auch mit dem Vorschlag von Herrn Holzer, der sagt, lasst uns dann doch auch laufende Projekte anschauen und prüfen, welches Modul können wir noch daraufsetzen?" Bei der Diskussion um die Fasanenhof-Turnhalle sei es auch um die Frage gegangen, wie der Umgang mit laufenden Projekten ist, was kann man da noch tun? Es sei daher hilfreich, zu sehen, welche Projekte gerade laufen. Zur Betrachtung des Gebäudes gehöre immer dazu, welches Potenzial der Energiegewinnung gibt es am Gebäude oder im Quartier und welches Potenzial habe ich, diese Energie zu minimieren. Dabei gelte es verschiedene Bereiche gesamtheitlich anzuschauen. So zeige der jährliche Energiebericht zum Beispiel, dass im Wärmebereich Einsparungen erzielt wurden, es jedoch beim Stromverbrauch Zunahmen gegeben hat. "Warum? Weil wir beispielsweise das Thema Barrierefreiheit haben mit selbstöffnenden Türen. Wir haben das Thema Digitalisierung mit einer Steigerung des Energieverbrauchs." Beim Neubau in der Eichstraße nutze man die Restwärme des Serverraums zur Energiegewinnung. Natürlich werde man in der jetzigen Phase den Schalter nicht einfach umlegen können, sondern schauen, was ist machbar, was ist sinnvoll, wie können wir vielleicht auch Innovationen, die hier stattfinden, wie die Speichertechnologie beim Strom und bei PV, die an der Uni entwickelt wird, nutzen für uns und zeigen, wie es geht, um eine Grundlage zu haben, um solche Dinge auszurollen. Seines Erachtens sind Rat und Verwaltung nicht allzu entfernt voneinander. Unterschiede werde es hauptsächlich geben in der Frage, wie schnell wird der Weg beschritten.

Auf Nachfrage von StR Körner antwortet BM Pätzold, der neue städtische Energieerlass werde Anfang nächsten Jahres vorgelegt. Der Entwurf dazu sei der neuen Diskussion angepasst worden. Man warte nun die Diskussion im AKU ab, wo die Ziele gesetzt werden, die sich dann im Energieerlass finden werden.

StR Ozasek fragt, wann mit der Kommunalen Ressourcenstrategie zu rechnen sei, die vor zwei Jahren beauftragt wurde. Er bittet darum, im nächsten STA eine kurze Information über den aktuellen Stand zu geben.

StR Peterhoff sieht Konsens in zwei Punkten: Nämlich, bei Projekten eine Nachbearbeitung zu ermöglichen, was erneuerbare Energien angeht, was Herr Holzer zugesagt habe, dort wo es möglich ist, und Projekte bis Leistungsphase 2 entsprechend anzupacken. Als Entscheidungsgrundlage für die AKU-Sitzung bittet er die Fachverwaltung erneut um eine Unterscheidung zwischen Neubauprojekten und Bestandssanierungen sowie zwischen großen und kleinen Projekten.

Herr Holzer informiert, man habe in der Kürze der Zeit in der Grafik nicht differenzieren können zwischen Neubauten und Altbauten. Gewisse Kriterien seien in der vorhandenen Datenbank nicht hinterlegt, zudem gebe es viele Mischformen. Neubau mit Altbau sei fast der Regelfall, sodass es ein immenser Aufwand wäre, da alle Projekte einzeln bewertet werden müssten. Auch wisse er nicht, ob die Neubau-Altbau-Perspektive wirklich weiterhilft, da bei manchen Altbauten unheimlich viel Potenzial herausgeholt werden könne, sodass es - vernünftig gedämmt mit einer vernünftigen neuen Haustechnik versehen - einen Quantensprung in der Effizienz bringt. Insofern betrachte man eigentlich immer beides.

BM Thürnau schließt die interessante Diskussion und hält fest, dass die Antragsziffern 1 und 2 mit der Berichterstattung erledigt sind. Die Antragsziffer 3 des Antrags Nr. 1225/2019 werde aufgerufen im AKU am 29.11.2019 im Rahmen des Klimaschutzpakets.

Zur Beurkundung

Faßnacht / fr

Verteiler:

- I. Referat T
zur Weiterbehandlung
Hochbauamt (5)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herr Oberbürgermeister
 2. S/OB
Strategische Planung
 3. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 4. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Liegenschaftsamt (2)
 5. Referat SOS
 6. Referat JB
 7. Referat SI
 8. Referat SWU
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (3)
Baurechtsamt (2)
 9. GPR
 10. Rechnungsprüfungsamt
 11. L/OB-K
 12. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 4. SPD-Fraktion
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktion FW
 7. AfD-Fraktion
 8. Fraktionsgemeinschaft PULS